

Protokoll Gemeinderat - öffentlich - vom 17.11.2020

1) TOP Einwohnerfragen

Es wurden keine Fragen gestellt.

2) TOP 7-033/20 Haushalt 2021 - Beratung des Finanzhaushalts und der mittelfristigen Finanzplanung 2021 - 2024

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 7-033/20 ein und verweist auf die vorhergehenden Haushaltsberatungen. Die Verwaltung habe dem Gemeinderat mit der Sitzungsvorlage einen Vorschlag unterbreitet, welche Maßnahmen in den nächsten vier Jahren nicht realisiert werden sollen. Er schlägt vor, zuerst die großen Projekte zu beraten. Anschließend sollen die übrigen einzelnen Vorhaben im Finanzhaushalt beraten werden.

Aus dem Gremium ergeht hierzu kein Widerspruch.

Amtsleiter Zoller geht auf die Sitzungsvorlage ein, vor allem auf die mittelfristige Finanzplanung: Die größten Investitionen in den Jahren 2021 bis 2024 seien nach Themenblöcken zusammengefasst. Wenn der Gemeinderat sich entscheiden könne, Maßnahmen zu streichen, würde man in der Haushaltsberatung ein ganzes Stück weiterkommen. Er schlage vor, den Verwaltungsvorschlag zuerst zu beraten.

Oberbürgermeister Pauly: Aus den Fraktionen solle hierzu Stellung genommen werden.

Fraktionssprecher Hall: Er sei mit dem Vorgehen einverstanden.

Stadtrat Kaminski bittet darum die einzelnen Punkte des Verwaltungsvorschlages durchzugehen. Die Grünen seien nicht mit dem kompletten Verwaltungsvorschlag einverstanden.

Oberbürgermeister Pauly verweist auf Seite 3, Ziffer 2 der Sitzungsvorlage Nr. 7-033/20.

Themenblock Schulen

Fraktionssprecher Vetter: Bei der Erich Kästner-Schule sei Bedarf angemeldet worden. Die Planungskosten sollen nicht gestrichen werden, damit der Mittelbedarf für die Sanierungskosten ermittelt werden könne. Herr Unkel solle die Höhe der Planungskosten nennen. Eine Zwischenlösung könnten auch Container sein.

Oberbürgermeister Pauly: Der Haushaltsansatz für Planungskosten sollte zeitlich möglichst nahe an der Realisierung sein.

Amtsleiter Unkel: Der Bedarf an der Erich Kästner-Schule sei verständlich. Es solle aber eine Schule nach der anderen abgehandelt werden. Planungskosten und realisierte Planungen würden auch immer Begehrlichkeiten wecken. Die Höhe der Kosten für die Machbarkeitsstudie könne er nicht benennen. Diese hänge bei einem Bestandsgebäude immer vom Sanierungsumfang ab. Eine Grundlagenermittlung liege noch nicht vor.

Fraktionssprecher Vetter: 50.000 Euro seien ausreichend für einen Arbeitsaufwand für ein halbes Jahr.

Oberbürgermeister Pauly: Es solle darüber diskutiert werden, ob die Maßnahme überhaupt zu verwirklichen sei.

Stadträtin Riedmaier: Bei der Erich Kästner-Schule sei wirklich Bedarf vorhanden. Es müsse eine Zwischenlösung gefunden und eine frühzeitige Planung erstellt werden.

Amtsleiter Unkel: Eine Bedarfsermittlung könne die Schule selbst liefern. Für eine Zwischenlösung müsse keine Planung erstellt werden. Die Containerlösung könne sehr schnell umgesetzt werden.

Stadtrat Durler spricht die Grundschule Wolterdingen an. Diese sei immer auf Prioritätsstufe zwei gewesen. Diese Maßnahme werde immer hin- und hergeschoben. Der Bedarf sei ihm jedoch nicht bekannt. Er bittet um Erläuterung, welcher Handlungsbedarf vorhanden sei. Auch der Ortschaftsrat kenne den Bedarf nicht.

Stadtrat Kuttruf: Es solle heute nicht diskutiert werden, wo Planungskosten eingestellt werden oder nicht. Wenn Raumbedarf da sei und der Schulbetrieb nicht funktioniere, dann müsse Amt 6 auf Amt 4 zugehen. Anschließend müsse dies im Gemeinderat vorgestellt und die Mittel im Ergebnishaushalt eingestellt werden. Es gehe jetzt darum, ob die Maßnahme ausgeführt oder geschoben werde. Die Diskussion über die Planung mache keinen Sinn, damit werde der Erich Kästner-Schule nicht abgeholfen.

Fraktionssprecher Greiner: Er habe dies bereits bei der kleinen Haushaltsrede angesprochen. Die CDU spreche sich für eine Planungsrate aus und eine Containerlösung, die wahrscheinlich vorerst über mehrere Jahre (5 bis 6 Jahre) bestehen bleibe.

Amtsleiter Unkel: Er könne heute nicht benennen, was die Container kosten. Dies müsse ermittelt werden.

Oberbürgermeister Pauly: Es seien 150.000 Euro eingeplant. Damit solle eine kurzfristige Lösung für ein Provisorium im Jahr 2021 geschaffen werden.

Amtsleiter Unkel schlägt vor, den Ansatz mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Stadträtin Riedmaier: Die Erich Kästner-Schule solle nach dem Neubau der Realschule angegangen werden, dafür spreche sich die GUB aus.

Beschluss: Der Haushaltsansatz für die Erich Kästner-Schule „Schülerweiterung und Sanierung, Planungskosten“ wird mit einem Sperrvermerk versehen.

(ohne Widerspruch)

Oberbürgermeister Pauly geht nochmal auf die Grundschule Wolterdingen ein. Die Baumaßnahmen an den Schulen sollen nacheinander abgehandelt werden.

Stadtrat Durler: Es soll überlegt werden, ob die Maßnahme ganz gestrichen werde, da auch in Wolterdingen der Bedarf nicht bekannt sei.

Themenblock Sanierungsgebiet südliche Innenstadt

Oberbürgermeister Pauly: Es ist vorgesehen den Förderbescheid für die Sanierung an das Regierungspräsidium zurückzugeben. Es soll dann später eine Neueinreichung des Antrags erfolgen. Die großen Maßnahmen im Sanierungsgebiet seien das Parkdeck in der Mühlenstraße, der Aufzug in Rathaus I sowie die Sanierung des Rathauses II. Mit dem Regierungspräsidium habe es hierzu Gespräche gegeben. Die Einzelmaßnahmen können nicht weitergeschoben werden. Dies würde dem Förderbescheid zuwiderlaufen.

Bürgermeister Graf schlägt vor, die Maßnahme zu streichen. Nach Aussage des Regierungspräsidiums würde das Sanierungsgebiet bei Streichung einzelner Maßnahmen nicht platzen. Einen zeitlichen Aufschub werde aber nicht genehmigt. Eine kleine Variante nur mit Straßensanierung komme für die Verwaltung nicht in Frage. Ein zweiter Anlauf mache mehr Sinn, da dann gegebenenfalls alle Maßnahmen umgesetzt werden könnten. Alternativ könne in ein paar Jahren auch eine andere Gebietsabgrenzung erfolgen, da in der Innenstadt auch Veränderungen erfolgen werden.

Oberbürgermeister Pauly: In ein paar Jahren könne zum Beispiel das jetzige Gebiet der Realschule eingebracht werden. Auch das Gebiet der Fürstenbergbrauerei wäre denkbar. Dies sei eine neue und bessere Möglichkeit eine Förderung zu bekommen.

Fraktionssprecher Greiner unterstütze den Vorschlag. Das Rathaus II müsse nicht in diesem Umfang erweitert werden, wie ursprünglich vorgesehen. Man solle mit den neuen Räumlichkeiten im Rathaus IV auskommen. Man solle jetzt nicht schon wieder einer Erweiterung des Rathauses II ins Auge fassen. Die Fassade könne gegebenenfalls in den nächsten zwei bis drei Jahren saniert werden. Es müssten somit Planungsmittel eingestellt werden, 100.000 Euro für die Planungskosten und 1 Mio. Euro für Sanierungskosten.

Oberbürgermeister Pauly: Die Verwaltung schlage vor, die Erweiterung und Sanierung des Rathauses II in den nächsten vier Jahren nicht zu realisieren.

Amtsleiter Unkel: Kosmetik an der Fassade vorzunehmen, sei nicht sinnvoll. Die Fassade sei baulich am Ende. Er werde die Sitzungsvorlagen von 2018 nochmals versenden, damit auch die neuen Gemeinderatsmitglieder sich einen Überblick zur bisherigen Beschlusslage verschaffen können.

Oberbürgermeister Pauly: Die Überlegungen sollen im Technischen Ausschuss beraten werden. Die Erneuerung der EDV sei jedoch dringend. Es werde hierfür ein Ansatz von 150.000 Euro für die EDV-Verkabelung vorgeschlagen. Der Ansatz für die Rathaussanierung solle gestrichen werden.

Stadtrat Kuttruf: Er sei mit dem Vorschlag einverstanden. Das Sanierungsgebiet solle als eine Maßnahme angegangen werden. Er sehe keinen Sinn darin lediglich einen Ansatz für die Fassadensanierung einzustellen. Die Rathaussanierung soll zur späteren Zeit mit dem Antrag auf Städtebauförderung beraten und beschlossen werden. Rathaus II soll komplett gestrichen werden.

Stadtrat Kaiser: Das Sanierungsgebiet südliche Innenstadt soll komplett gestrichen werden. Am Rathaus II bestehe definitiv Handlungsbedarf. Notwendige Maßnahmen wie z. B. die Fenster sollten angegangen werden. Mit wenig Aufwand könne man eventuell Zeit gewinnen. Die notwendigen Mittel dafür seien dann im Ergebnishaushalt zu veranschlagen.

Fraktionssprecher Milbradt stimme Stadtrat Kaiser zu. Er plädiere aber dafür, den Aufzug im Rathaus I einzustellen und die Maßnahme außerhalb des Sanierungskonzepts durchzuführen.

Fraktionssprecher Vetter wundere sich über die Diskussion und frage sich, ob alle bisherigen Beschlüsse obsolet seien. Man habe in vielen Sitzungen über das Rathaus II beraten. In der Klausurtagung habe man sich eindeutig für das Sanierungsgebiet und für die Rathaussanierung ausgesprochen. Für eine Verschiebung sei auch die SPD. Allerdings sollen die bisherigen Beschlüsse zu einem späteren Zeitpunkt auch umgesetzt werden. Es soll ermittelt werden, welche Arbeiten unbedingt umgesetzt werden müssen, so könne man gegebenenfalls noch etwas Zeit gewinnen. Wenn das Ziel der Erweiterung und Sanierung des Rathauses II weiterverfolgt werde, soll aktuell kein Geld reingesteckt werden.

Oberbürgermeister Pauly: Die Verwaltung habe nicht vor, die Sanierung des Rathauses II zu streichen. Das Gebäude Rathaus IV könne nicht erworben werden. Dieses sei eine Übergangslösung bis Rathaus II umgebaut ist. Es sei aber nicht realistisch, das Rathaus II innerhalb der nächsten 4 Jahre zu sanieren.

Stadtrat Wild stimmt Fraktionssprecher Vetter zu.

Oberbürgermeister Pauly: Er schlage vor, das Parkdeck, den Aufzug und die Sanierung des Rathauses II aus dem Finanzhaushalt zu streichen, dafür müssen aber 150.000 Euro für die EDV eingestellt werden.

Beschluss: Die Maßnahme Sanierung südliche Innenstadt und Sanierung Rathaus II wird aus der mittelfristigen Finanzplanung gestrichen. Für die EDV-Verkabelung in Rathaus II wird ein Haushaltsansatz von 150.000 Euro im Jahr 2021 eingestellt.

(ohne Widerspruch)

Themenblock Sonstige große Maßnahmen

Oberbürgermeister Pauly: Die Streichung des Behindertengerechten Umbau des Busbahnhofes sei mit dem Behindertenbeauftragten Herr Kemter besprochen. Der Bus könne auch ohne die Maßnahme weiterhin genutzt werden. Herr Kemter befürworte sogar die Streichung, da er mit der aktuellen Planung nicht einverstanden sei. Es solle nochmals neu geplant werden. Die Schiebung sei eine Chance die Planungen anzupassen.

Des Weiteren sollen die Maßnahmen Bürgerhaus Hubertshofen und Mehrzweckhalle Neudingen aus der mittelfristigen Finanzplanung gestrichen werden.

Beschluss: Die Maßnahmen behindertengerechter Umbau des Busbahnhofes, die Generalsanierung und Planungskosten für die Erweiterung des Bürgerhauses Hubertshofen sowie Mehrzweckhalle Neudingen werden aus der mittelfristigen Finanzplanung gestrichen.

(ohne Widerspruch)

Themenblock Baugebiete

Oberbürgermeister Pauly: Die Stadt wolle sich mit dem Baugebiet Schützenberg keine Konkurrenz zum Konversionsareal machen.

Stadtrat Lienhard: Eine Schiebung um vier Jahre sei der CDU-Fraktion zu lang. Die Baugebiete würden sich ja wieder refinanzieren. Ein Bedarf sei vorhanden.

Stadtrat Kuttruff spreche sich dafür aus, die Maßnahme zu streichen oder nach hinten zu schieben. Bei Bedarf könne diese wieder hervorgeholt werden. Dies sei der bessere Weg, als viele Maßnahmen vor sich herzuschieben. Das Baugebiet soll aus der mittelfristigen Finanzplanung herausgenommen werden.

Amtsleiter Unkel: In der Kernstadt gebe es einen Bedarf an Einfamilienhäuser. Diesen könne die KEG nicht mehr decken, da hier alle Bauplätze vergeben sind.

Herr Kuckes: Es sei ein hoher Bedarf an Einfamilienhäuser beziehungsweise Bauplätzen vorhanden. Vor allem viele Donaueschinger und Allmendshofener Bürger wollen zurück in die Kernstadt. Er appelliere, diese Maßnahme nicht zu streichen. Mit einem Erschließungsbüro sei das Baugebiet relativ schnell umzusetzen.

Oberbürgermeister Pauly verweise auf den Verwaltungsvorschlag. Die Wortmeldung von Herrn Kuckes würde den Verwaltungsvorschlag untergraben.

Stadtrat Lienhard stimmt der Wortmeldung von Herrn Kuckes zu. Es werde ein Angebot für junge Familien benötigt.

Stadtrat Kaminski: Die Schaffung von Wohngebieten führe zu Infrastrukturfolgekosten und Aufwendungen.

Bürgermeister Graf: Bedarf an Einfamilienhausbauplätzen sei immer vorhanden. Die Frage sei, ob die Maßnahme in 2021 angegangen werden muss. Wenn die Fläche verbaut sei, gebe es in der Kernstadt keine weiteren Bauflächen mehr.

Stadtrat Lienhard ist mit einer Schiebung von 2021 auf 2022 einverstanden.

Beschluss: Die Maßnahme „4. Bauabschnitt – Erschließung Schützenberg“ wird aus der mittelfristigen Finanzplanung gestrichen.

(11 Ja, 21 Nein, 0 Enthaltungen)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Die Maßnahmen „4. Bauabschnitt – Erschließung Schützenberg“ wird auf das Jahr 2022 verschoben.

(ohne Widerspruch)

Themenblock Straßen

Ortsvorsteher Hall: Die Klosterstraße sei immer wieder geschoben worden. Es sei keine Dringlichkeit gegeben. Für den 1. Bauabschnitt sollen 30.000 Euro Planungskosten eingestellt werden damit dies angegangen werden könne. Der 3. Bauabschnitt Rathaus bis Grubenstraße könne gestrichen werden. Die Ostbaarstraße könne auch gestrichen werden, es sollen allerdings Bäume gepflanzt werden.

Oberbürgermeister Pauly: Er unterstreiche die Aussage von Amtsleiter Unkel, die Bäume können gepflanzt werden, dies müsse aber nicht in den Finanzhaushalt. Er schlage die Streichung der Maßnahme Straßen in Aasen vor.

Stadtrat Durler fragt nach, ob von der Streichung Wasser- oder Abwasserleitungen betroffen sei.

Oberbürgermeister Pauly: Wasser und Abwasserleitungen seien nicht betroffen. Künftig sollen bei Tiefbaumaßnahmen alle Gewerke gemeinsam ausgeführt werden. Die Verwaltung habe untersucht, welche Maßnahmen unter dessen Bedingungen geschoben werden können.

Beschluss: Die Straßenmaßnahmen „Ostbaarstraße bis Rathaus 1. BA, Rathaus bis Grubenstraße 3. BA und Ostbaarstraße/Ledergasse, Neugestaltung Bushaltestelle, Planung und Bau“ werden aus der mittelfristigen Finanzplanung gestrichen.

(ohne Widerspruch)

Oberbürgermeister Pauly schlägt vor, die übrigen Maßnahmen einzeln durchzugehen.

Investitionsprogramm

THH 1 Zentrale Steuerung und Finanzen, Seite 423

Fraktionssprecher Greiner: Der behindertengerechte Umbau von Bushaltestellen solle gestreckt werden. Es soll nur alle zwei Jahre eine Bushaltestelle umgebaut werden.

Herr Bader: Er wolle darauf verweisen, dass Amt 9 (Tiefbau) für eine jährliche Förderung einen Antrag gestellt habe.

Fraktionssprecher Greiner: Die Maßnahme solle unter Vorbehalt der Förderung ausgeführt werden. Er schlage aber einen Sperrvermerk hierfür vor.

Stadtrat Kuttruff stellt den Antrag, die Maßnahme 2021 auszuführen, wenn die Förderung kommt. Der Ansatz von 40.000 Euro von 2022 bis 2024 soll gestrichen werden.

Stadtrat Kaiser: Die Ansätze sollen bestehen bleiben. Eine Haltestelle pro Jahr sei sowieso zu wenig.

Fraktionssprecher Vetter: Der Behindertengerechte Ausbau des Busbahnhofs sei schon geschoben worden. Es solle jetzt nicht auch noch die übrigen Haltestellen gestrichen werden. Der behindertengerechte Umbau soll laut EU-Vorgabe bis Ende 2022 ausgeführt werden. Man werde hierbei unglaublich gegenüber den Betroffenen.

Oberbürgermeister Pauly stellt die Anträge zur Abstimmung.

Beschluss: Antrag der FDP/FW-Fraktion: Die Ansätze in Höhe von 40.000 Euro in den Jahren von 2022 bis 2024 werden gestrichen.

(7 Ja, 23 Nein, 2 Enthaltungen)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Antrag der CDU-Fraktion: Die Maßnahmen erhalten einen Sperrvermerk und werden nur bei einer Förderzusage ausgeführt. (Der Vorschlag die Umsetzung alle zwei Jahre eine Haltestelle umzubauen, wurde nicht mehr beantragt.)

(17 Ja, 15 Nein, 0 Enthaltungen)

Amtsleiter Unkel (auf Nachfrage von Stadtrat Greiner): Die Buswartehäuschen werden in der Regel zusammen mit dem behindertengerechten Umbau umgesetzt. Auch hier sollte ein Sperrvermerk verhängt werden.

Fraktionssprecher Hall stellt einen Antrag auf den vorgeschlagenen Sperrvermerk.

Beschluss: Dem Antrag auf Sperrvermerk wurde zugestimmt.
(17 Ja, 15 Nein, 0 Enthaltungen)

THH 2 – Tourismus und Marketing

Stadträtin Wiemer spricht die Gestaltung des Donauradweges an. Sie habe schon einmal einen Vorschlag vorgebracht und wolle wissen, ob sich die Verwaltung dazu schon Gedanken gemacht habe.

Oberbürgermeister Pauly: Die Maßnahme Donauradweg falle eher in den Ergebnishaushalt.

Amtsleiter Haller: Man sei an diesem Thema dran.

Fraktionssprecher Greiner fragt nach den geplanten Maßnahmen beim Bolzplatz Eichendorffschule.

Amtsleiter Unkel: Der Platz werde im jetzigen Zustand nicht genutzt. Die 100.000 Euro werden vor allem für die Drainage gebraucht. Die Maßnahme könne im TA vorgestellt werden.

Amtsleiter Haller (auf Nachfrage von Stadtrat Reith): Die Landesförderung für das Parkschwimmbad liege bei 25 %, diese sei im Finanzhaushalt eingestellt.

Oberbürgermeister Pauly weist darauf hin, dass das Bundesprogramm aktuell überzeichnet sei und somit die Chance auf eine Förderung gering ausfalle.

Stadtrat Kuttruff stellt den Antrag die Umsetzung des pädagogischen Konzepts der Sportanlagen beim Fürstenberg-Gymnasium (S. 425) zu streichen.

Stadtrat Kaiser: Die Maßnahme werde schon lange geschoben und soll angegangen werden. Es sei kein rausgeschmissenes Geld.

Beschluss: Dem Antrag der FDP/FW-Fraktion zur Streichung der Maßnahme „Umsetzung Pädagogisches Konzept Sportanlagen, FG“ wird zugestimmt.
(26 Ja, 4 Nein, 2 Enthaltungen)

Stadtrat Kaminski: Die Beregnungsanlage Stadion-Rasenplatz soll gestrichen werden.

Amtsleiter Haller: Die Beregnungsanlage müsse dringend saniert werden. Der Stadionwart müsse derzeit schon von Hand den Platz bewässern.

(Auf Nachfrage von Stadtrat Reith): Er könne nicht genau benennen, für was der Platz genutzt werde.

Amtsleiter Durler: Er habe sich die Situation angeschaut. Herr Neiningen bekomme die Situation ohne die Maßnahme in Griff. Für die aktuelle Nutzung sei die mobile Lösung in Ordnung.

Amtsleiter Unkel schlägt vor, die Maßnahme in das Jahr 2022 zu schieben, Amt 2 werde diese dann im TA vorstellen. Anschließend soll über die Umsetzung entschieden werden.

Fraktionssprecher Hall: Die Maßnahme Glasfaser/W-Lan und Federkabeltrommel solle gekürzt werden.

Amtsleiter Haller: Es soll ein Standard für große Veranstaltungen geschaffen werden. Die Maßnahme „Ausbau Glasfaser/W-Lan für Video-Schaltung aller Veranstaltungsräume“ könne auf 18.000 Euro gekürzt werden.

Beschluss: Der Ansatz für die Maßnahme „Ausbau Glasfaser/W-Lan für Video-Schaltung aller Veranstaltungsräume“ in Höhe von 25.000 Euro wird auf 18.000 Euro gekürzt.

(32 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Ortsvorsteher Feucht: Spricht das Modernisierungs- und Gebäudekonzept der Mehrzweckhalle Pfohren (S. 426) an. Die Umsetzung sei in der letzten Haushaltsberatung beschlossen worden.

Amtsleiter Zoller: Der Ansatz gehöre nicht in den Finanzhaushalt, sondern in den Ergebnishaushalt. Dieses Jahr werde erneut über noch nicht begonnene Maßnahmen beraten.

Amtsleiter Unkel: Es sei nicht zu einer Umsetzung gekommen, da der Gemeinderat bei dieser Maßnahme schwanke.

Oberbürgermeister Pauly: Es habe bisher nur eine Vorberatung im Hauptausschuss gegeben. Ortsvorsteher Feucht könne bei der Beschlussfassung im Gemeinderat nochmals erneut vortragen, wenn der Punkt im Gemeinderat beschlossen werde. Ortsvorsteher Feucht ist damit einverstanden.

Fraktionssprecher Greiner spricht die Erweiterung des Wohnmobilstellplatzes an. Die Erweiterung werde als dringlich angesehen. Diese soll von 2022 auf 2021 vorgezogen werden.

Amtsleiter Haller: Die 60.000 Euro bezögen sich auf den jetzigen Standort. Die Kosten für eine Erweiterung auf der Gerbewies seien nicht ermittelt. Ob diese ausreichen werden, sei nicht bekannt.

Stadtrat Wild: Man solle grundsätzlich diskutieren, was man mit dem Platz wolle. Die Wohnmobilisten seien gut betucht und diese dürfen gerne etwas für die Nutzung bezahlen. Er spreche sich gegen das Vorziehen aus.

Fraktionssprecher Vetter: Er schließe sich Stadtrat Wild an. Er hätte gerne ein Konzept, bevor die Maßnahme angegangen werde. Die Maßnahme soll in 2022 stehen bleiben. Zwischenzeitlich solle man sich Gedanken über die Ausstattung und Gebühren machen.

Beschluss: Der Ansatz für die Maßnahme „Erweiterung Wohnmobilstellplatz“ von 60.000 Euro wird von 2022 auf das Jahr 2021 vorgezogen.

(18 Ja, 11 Nein, 3 Enthaltungen)

Sitzungsunterbrechung von 20:10 bis 20:24 Uhr

THH 3 – Öffentliche Ordnung (S. 427)

Fraktionssprecher Greiner: Die Beschaffung des Feuerwehrfahrzeugs für Pfohren im Jahr 2022 sei unrealistisch.

Amtsleiter Dereck: Das Feuerwehrfahrzeug sei im Förderprogramm drin. Die Verpflichtung beziehungsweise der Kauf erfolge in 2022 und die Lieferung in 2023.

Oberbürgermeister Pauly schlägt vor, die Maßnahme in der Planung zu lassen. Man müsse sich sowieso noch mit dem Feuerwehrgerätehaus in Pfohren beschäftigen.

Fraktionssprecher Hall: Die Baukosten für das Feuerwehrhaus seien nicht eingestellt. Dies sei inkonsequent.

Amtsleiter Unkel: Die Baukosten seien nicht bekannt, diese würden erst durch die Planung ermittelt. Pauschal müssten 2 Mio. Euro eingestellt werden, diesem Betrag liegt jedoch keine Planung zugrunde.

Bürgermeister Graf: Es sei unseriös jetzt eine Zahl einzusetzen. Diese werde im kommenden Jahr ermittelt.

Stadtrat Kaminski: Die Planungskosten seien auch unseriös, wenn anschließend nicht gebaut werde oder kein Ansatz für Baukosten im Haushalt enthalten seien.

Amtsleiter Dereck: Es soll kein neues Feuerwehrgerätehaus gebaut werden, weil ein neues Fahrzeug beschafft werde. Es seien auch andere Mängel vorhanden. Die Abteilung Pfohren ist ein wichtiger Stützpunkt, die das östliche Stadtgebiet abdeckt. Die BGV habe festgestellt, dass die derzeitigen Zustände nicht mehr tragbar seien.

Oberbürgermeister Pauly: Wenn der Gemeinderat sage, bis 2025 können wir uns kein Gerätehaus leisten, dann dürfen auch keine Planungskosten angesetzt werden. Der Gemeinderat habe sich zu entscheiden, ob er die Planung angehe oder die Maßnahme generell streichen

wolle.

Stadtrat Lienhard: Die Feuerwehr Pfohren habe der CDU-Fraktion einen Ansatz von 900.000 Euro genannt. Er schlage vor 1 Mio. Euro einzustellen.

Oberbürgermeister Pauly: Das Gerätehaus werde mehr als 900.000 Euro kosten. Die Zahlen hätten nichts mehr mit der Realität zu tun.

Fraktionssprecher Vetter: 1,5 Mio. Euro sei ein realistischer Wert, der ggf. geringfügig angepasst werden müsse.

Stadtrat Reith stellt den Antrag, 1,5 Mio. Euro im Jahr 2022 aufzunehmen und fragt nach, ob es Zuwendungen für Feuerwehrgerätehäuser gebe.

Amtsleiter Dereck: Es werden Zuschüsse für das Feuerwehrgerätehaus geben. Dieser hänge jedoch von verschiedenen baulichen Faktoren ab, weshalb ohne eine Planung kein Zuschussbetrag genannt werden könne.

Oberbürgermeister Pauly: Er stelle zur Abstimmung, ob die 1,5 Mio. Euro in dem Jahr 2022 aufgenommen werden solle.

Beschluss: Für das „Feuerwehrgerätehaus Pfohren Neubau – Baukosten“ wird ein Ansatz in Höhe von 1,5 Mio. Euro in das Jahr 2022 eingestellt.

(30 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung)

THH 4 - Hochbauamt

Stadtrat Kaminski stellt den Antrag den Betrag von 700.000 Euro für die Gnadentalkapelle zu splitten.

Ortsvorsteher Münzer: Die Arbeiten seien bereits begonnen. Der Zuschuss vom Denkmalamt sei ebenfalls bewilligt.

Oberbürgermeister Pauly: Es sei noch keine Einigung darüber getroffen, wer die Kosten zu tragen habe. Man sei sich einig, dies in einem Rechtsverfahren zu klären. Die Kirche habe nun Klage eingereicht. Die Splittung sei eine Verschönerung, da man nicht wisse, wann der Betrag zu zahlen sei. Er schlage vor, den Ansatz wie veranschlagt stehen zu lassen.

Fraktionssprecher Greiner stellt den Antrag, die Rathäuser Heidenhofen und Grünigen jeweils um ein Jahr nach hinten zu schieben. Dies betreffe die Planungs- und Baukosten.

Stadtrat Kaiser: Die Grünen wollen an dem Zeitplan festhalten.

Beschluss: Antrag der CDU-Fraktion: Die Haushaltsansätze für die Rathäuser Grüningen und Heidenhofen, Generalsanierung, Planungs- und Baukosten werden jeweils um ein Jahr nach hinten verschoben.

(18 Ja, 14 Nein, 0 Enthaltungen)

Stadtrat Reinbolz: Die Höhenverstellbaren Schreibtische für Amt 4 sollen auf 2021 vorgezogen werden.

Beschluss: Die Beschaffung der höhenverstellbaren Schreibtische für Amt 4 soll von 2025 auf das Jahr 2021 vorgezogen werden.

(ohne Widerspruch)

Stadtrat Kaminski schlägt vor, die Erwerbskosten für unbebaute Grundstücke zu halbieren.

Fraktionssprecher Hall stellt ergänzend den Antrag, die Grunderwerbskosten und die Vermessungskosten um die Hälfte zu reduzieren.

Amtsleiter Unkel: Der Antrag sei schon öfters gestellt worden. Die Vermessungskosten verhalten sich nicht linear zu den Erwerbskosten. Der Antrag schränke die Verwaltung beim Grunderwerb extrem ein.

Oberbürgermeister Pauly verweise auf die Einnahmen in gleicher Höhe. Im Ergebnis bringe der Vorschlag keine Liquidität.

Stadtrat Kuttruff: Bisher seien die Ansätze stets übertroffen worden. Die Kürzung sei unrealistisch. Der Ansatz sei bisher schon vorsichtig gewesen.

Beschluss: Antrag der GRÜNEN-Fraktion: Die Haushaltsansätze „unbebaute Grundstücke Erwerbskosten“ werden von 800.000 Euro auf 400.000 Euro reduziert.

(5 Ja, 27 Nein, 0 Enthaltungen)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Der Antrag die Vermessungskosten zu kürzen wird von Stadtrat Kaminski zurückgenommen.

Bürgermeister Graf: Für das Rathaus Hubertshofen wurde der ELR-Antrag abgelehnt. Es müsse auch ohne Zuschuss etwas am Rathaus gemacht werden.

Amtsleiter Unkel: Die Maßnahmen am Rathaus in Hubertshofen wurden dem Technischen Ausschuss vorgestellt. Zur Frage stehe nun, welche Teilmaßnahmen umgesetzt werden sollen. Für das Dach seien 40.000 Euro angedacht.

Stadtrat Durler: Nach dem Vortrag im Technischen Ausschuss soll ein Betrag X eingestellt werden, da das Rathaus angegangen werden solle. Auch der Kindergarten sei betroffen.

Stadtrat Willmann: Das Gebäude muss dringend saniert werden. Es muss auf dem neuesten Stand gebracht werden. Die Maßnahme dürfe nicht geschoben werden, da man nicht wisse, ob im nächsten Jahr die ELR-Mittel bewilligt werden.

Fraktionssprecher Vetter: Geschoben sei nicht aufgehoben. In 2021 soll das Rathaus Hubertshofen umgesetzt werden, was notwendig ist, soll auch gemacht werden. In 2022 ist bisher keine Sanierung von Rathäusern in den Ortsteilen vorgesehen.

Oberbürgermeister Pauly: Unterbreite den Vorschlag den Sperrvermerk aufzuheben. Die 90.000 Euro Einzahlung entfallen hiermit.

Beschluss: Der Sperrvermerke für die Maßnahme „Rathaus Hubertshofen, Generalsanierung, Baukosten“ in Höhe von 90.000 Euro wird aufgehoben.

(ohne Widerspruch)

(Seite 429 – Investitionsprogramm)

Stadtrat Kaminski: Der Ankauf Grundstück Alte Wolterdinger Straße soll nicht vollzogen werden. Der Ansatz könne gestrichen werden.

Oberbürgermeister Pauly: Es handle sich um ein Rückkaufsrecht. Wenn der Ansatz gestrichen werde, könne kein Rückkauf erfolgen.

Stadtrat Roland Erndle: Die FDP-Fraktion stimme dem Antrag zu.

Oberbürgermeister Pauly: Auch bei einer Weiterveräußerung durch den Eigentümer habe die Stadt ein Vorkaufsrecht. Es sei auch dann nicht alles verloren.

Bürgermeister Graf: Wenn die Stadt mit dem Grundstück etwas Anderes umsetzen möchte, müsse das Grundstück zurückerworben werden.

Fraktionssprecher Greiner spricht sich für den Rückkauf aus. Ein solches Grundstück soll zurückerworben werden. Es entstehe kein Wertverlust. Hierbei handle es sich um vorausschauende Grundstückspolitik. Wenn kein Rückkauf erfolge, könne der Gemeinderat nur über das Planungsrecht einwirken. Bei einem Rückkauf habe die Stadt ein größeres Mitspracherecht.

Fraktionssprecher Vetter sieht dies anders. Die Stadt habe das Vorkaufsrecht und das Planungsrecht. Es gebe noch einen Planansatz für Wolterdingen, dieser soll auch bleiben. Zusammen seien dies 1,7 Mio. Euro.

Beschluss: Der Haushaltsansatz für den „Ankauf Grundstück Alte Wolterdinger Straße“ in Höhe von 935.700 Euro wird gestrichen.

(22 Ja, 10 Nein, 0 Enthaltungen)

Amtsleiter Unkel: Die Maßnahme der Fahrradsammelgarage am Bahnhof hänge von der Deutschen Bahn ab. Vom Bund gebe es ein Förderprogramm für solche Anlagen. Die Kosten seien noch nicht bekannt. Die Förderquote liege bei 60 %. Vom Land gebe es eine weitere Förderung über 15 %, insgesamt also eine Förderung von 75 %. Der Gemeinderat könne einen Sperrvermerk verhängen, bis die Planung im Technischen Ausschuss vorgestellt werde.

Oberbürgermeister Pauly schlägt vor, auch die Einnahmen in Höhe von 50 % einzustellen.

Beschluss: Die Maßnahme „Südlicher Bahnhofsbereich Bike+Ride, Fahrradsammelgarage wird mit einem Sperrvermerk versehen. Für die Maßnahme soll eine Förderung von 50 % der Baukosten eingestellt werden.

(ohne Widerspruch)

Amtsleiter Unkel (auf Nachfrage von Stadtrat Hall): Die Kostensteigerung für die Maßnahme der Skateboardanlage betrage insgesamt ca. 40.000 Euro.

THH 5 - Bauverwaltung

Stadtrat Hall stellt den Antrag, die Maßnahme der Aussegnungshalle in Pfohren und Wolterdingen zu streichen.

Beschluss: Die Maßnahmen „Aussegnungshalle, Teil-Integration des Vorraums“ in den Ortsteilen Pfohren und Wolterdingen wird gestrichen.

(ohne Widerspruch)

THH 6 – Bildung und Soziales

Stadtrat Wild spricht die Beschattung für die Grundschule Allmendshofen an. Anstatt den gestrichenen 20.000 Euro soll ein Ansatz für eine einfache Maßnahme in Form eines Sonnenschirms für 5.000 Euro eingestellt werden.

Beschluss: Für die Grundschule Allmendshofen soll anstelle des gestrichenen Ansatzes für die Beschaffung des Außenbereichs ein Ansatz von 5.000 Euro für eine einfache Lösung in Form eines Sonnenschirms aufgenommen werden.

(ohne Widerspruch)

Amtsleiter Romer: Auf Seite 432 könne der Ansatz für den Geräteschuppen Kindergarten Pfifikus in Höhe von 10.000 Euro gestrichen werden. Die Maßnahme sei bereits verwirklicht.

Fraktionssprecher Vetter habe eine Frage zur LED-Beleuchtung der Klassenzimmer und Flure über 188.000 Euro (Seite 432). Manche energetischen Maßnahmen amortisieren sich schnell. Die Stadt spare so Strom. Er spreche sich dafür aus, jedes Jahr einen Teil umzusetzen.

Amtsleiter Unkel: Es sei fraglich, ob das dann noch förderfähig sei. Es handle sich nicht nur um eine Energiesparmaßnahme. Die Leuchtmittel seien generell in einem schlechten Zustand.

Stadtrat Kaminski: Die Stromfresser sollten ausgetauscht werden.

Frau Armbruster: Die nötigen Mittel seien im Ergebnishaushalt.

Fraktionssprecher Greiner: Der bauliche Brandschutz des Archivs im Keller des Fürstenberg-Gymnasium soll wieder vorgezogen werden. Er beantrage die 29.000 Euro in das Jahr 2021 einzustellen.

Stadtrat Erndle: Das Fürstenberg-Gymnasium sei umfassend saniert worden. Er stimme nicht zu. Dies hätte mit der Sanierung erfolgen können.

Amtsleiter Unkel (auf Nachfrage von Stadtrat Greiner): Es gehe nicht um einen baulichen Brandschutz, sondern um den Schutz des Archivguts. Bei der Sanierung wurden viele Dinge rausgestrichen.

Beschluss: Die Maßnahme „Archiv im Keller, Ausbau Brandschutz“ in 2021 in Höhe von 29.000 Euro wird in das Jahr 2021 eingestellt.

(15 Ja, 17 Nein, 0 Enthaltungen)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

(Seite 433 – Investitionsprogramm)

Amtsleiter Romer: Die Maßnahme beim Kindergarten St. Ruchtraud könne auf 2022 geschoben werden.

Hierauf ergeht kein Widerspruch aus dem Gremium.

THH 9 - Tiefbauamt

Stadtrat Kuttruff fragt ob in der Allemannenstraße auch eine Abfräsung der Bordsteinkanten eine Möglichkeit sei.

Herr Bader: Bei dieser Maßnahme werde Breitband gleichzeitig mitverlegt, weshalb die Abfräsung der Bordsteinkanten keinen Sinn mache.

Stadtrat Lienhard: In der Hochstraße solle eine verkehrsberuhigte Zone eingerichtet und somit könne auf einen Gehweg verzichtet werden. Die Maßnahme soll zur Prüfung um ein Jahr geschoben werden.

Stadtrat Kaminski empfindet dies als einen guten Vorschlag. Die Maßnahme soll um zwei Jahre geschoben werden.

Bürgermeister Graf: Die Wasserleitung in der Hochstraße müsse aufgeweitet werden. Die Schiebung um zwei Jahre sei nicht möglich. Ein Jahr sei gerade noch vertretbar.

Beschluss: Die Maßnahme „Hochstraße, Straßenbau und Gehweg“ wird in das Jahr 2022 geschoben.

(ohne Widerspruch)

Stadtrat Kaminski beantragt die Schiebung der Dürzheimer Straße um zwei Jahre.

Bürgermeister Graf: Hierbei handle es sich um die Erweiterung des Gewerbegebiets. Es stünden bereits konkrete Planungen bei den Gewerbetreibenden dahinter.

Stadtrat Kaminski zieht den Antrag zurück. Er schlage aber vor den Umbau des Hindenburg-rings, 440.000 Euro um zwei Jahre zu verschieben.

Fraktionssprecher Hall: Die FDP-Fraktion unterstütze den Antrag. Die Maßnahme soll nach dem Realschul-Neubau angegangen werden.

Fraktionssprecher Greiner: Der Verkehr werde sich durch den Bau der Realschule eher erhöhen. Die CDU plädiere für die Umsetzung zum jetzigen Zeitpunkt, da die Maßnahme besser umgesetzt werden kann. Es sei noch weniger leicht!

Stadtrat Vetter: Er stimme Fraktionssprecher Greiner zu. Die Maßnahme solle vor dem Realschul-Neubau vollzogen werden. Jetzt sei der richtige Zeitpunkt. Es könne nicht nur geschoben werden.

Beschluss: Antrag GRÜNEN-Fraktion: Die Maßnahme „Hindenburgring Umbau, Baukosten VE“ wird um zwei Jahre geschoben.

(11 Ja, 21 Nein, 0 Enthaltungen)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Fraktionssprecher Vetter stellt den Geschäftsordnungsantrag nach dieser Seite die Finanzhaushaltsberatungen zu beenden. Diese solle am 24.11.2020 fortgesetzt werden.

Beschluss: Dem Antrag die Finanzhaushaltsberatungen in der Sitzung am 24.11.2020 weiter fortzuführen wird zugestimmt.

(ohne Widerspruch)

Stadträtin Riedmaier: Der Gehweg und die Bäume in der Linsenöschstraße solle in 2024 wiedereingestellt werden.

Herr Bader: Der Kanal sei noch in Ordnung. Die Straße und der Gehweg sollen nach dem Real-schul-Neubau angegangen werden.

Amtsleiter Unkel: Schlage vor, die Beratung abubrechen und die Linsenöschstraße in der nächsten Sitzung zu beraten.

Hierauf ergeht kein Widerspruch.

Beschluss: Die Verwaltung wird beauftragt, die sich in der Beratung zum Entwurf des Finanzhaushaltes und der mittelfristigen Finanzplanung ergebenden Änderungen in den Haushaltsplan 2021 einzuarbeiten.

2.1) TOP 7-033/20/1 Haushalt 2021 - Beratung des Finanzhaushalts und der mittelfristigen Finanzplanung 2021 - 2024

Amtsleiter Zoller führt in die Tischvorlage ein.

Diese wird zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

3) TOP SG13-008/20 Haushalt 2021 - Stellenplan

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage SG13-008/20 ein.

Es gibt keine Fragen oder Anregungen aus dem Gremium. Der Gemeinderat nimmt die Sitzungsvorlage so zur Kenntnis.

Beschluss: Der Gemeinderat nimmt die Ausführung zum Stellenplanentwurf 2021 zur Kenntnis.

4) TOP Mitteilungen der Verwaltung

Oberbürgermeister Pauly: Er habe zwei positive Mitteilungen seitens der Verwaltung. In der Bahnhofstraße sei der Ampelbetrieb geändert worden. Es gebe daraufhin positive Rückmeldung des Landratsamts Schwarzwald-Baar-Kreis, dass die Maßnahme auch weiterhin so beibehalten werden könne.

Stadtrat Milbradt: Bedankte sich, dass der Vorschlag seitens des Gemeinderates positiv angenommen wurde.

Oberbürgermeister Pauly: Eine weitere positive Rückmeldung habe er für die Bahnhofsunterführung erhalten. Ehrenbürger Bühler habe sich bei Oberbürgermeister Pauly für die gelungene Maßnahme bedankt. Der Dank gehe auch an alle, die an der Umgestaltung beteiligt waren. Oberbürgermeister Pauly bedanke sich auch noch einmal für diese erfreuliche Sache. Es kamen viele positive Rückmeldungen.

Beschluss:

5) TOP Anfragen und Anträge aus dem Gemeinderat

Keine

Beschluss:

Niederschrift	
Datum: 17.03.2022	
z. w. V. z. K.	
Der Vorsitzende	Schriftführer